

Behörden Spiegel newsletter

Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik.

HANDBUCH DER
**POLIZEI
ATTACHÉS**
IN DEUTSCHLAND

ERST-
AUSGABE
2025

JETZT BESTELLEN

Nr. 542 Berlin

17. Februar 2025



ISSN 2191-2750



**Wolski
meint**

(BS) Ich sehe ja das Aufkommen von Innovation an jedem Ort, zu jeder Zeit, meist unter behördlichem Budget, mit dem Term „Start-Up“ oder auch „Fehler müssen in Kauf genommen werden“, manchmal etwas kritisch. Ist die Innovationslandschaft für die Bundeswehr und auch im ressortübergreifenden Raum so richtig vernetzt, dass sie auf ein gemeinsames „Centre of Gravity“ – nämlich die Modernisierung und Durchhaltefähigkeit der Streitkräfte und das Umfeld hinzielt?

Es gibt optimistische Beispiele. Im Führungskräfteseminar 2026, gemeinsam ausgerichtet vom Planungsamt Bw, der IABG sowie der Universität der Bundeswehr München, hat es letzte Woche diesen synergetischen Ansatz gegeben. „Wargaming Baltic Mesh“, „Territorial Hub“ sowie die Darstellung der Befassung mit KI im Planungsamt waren die Themen des ersten Tages. Der zweite Tag, vom Institut für Theoretische Informatik, Mathematik und Operations Research (COMTESSA) an der UniBw-M unter Professor Dr. Pickl (Mitglied des Advisory Boards der Berliner Sicherheitskonferenz) gestaltet, befasste sich u. a. mit KI und datenbasierter Planungsoptimierung, KI-unterstützter Prognosefähigkeit, Descriptive Analytics und einer Vorstellung des Palladion Defence Accelerators am dritten Tag. Es ist erfreulich, dass sich angesichts der durch Politikwissenschaftler gestalteten Diskussionen über KI, Datensouveränität und Digitalisierung auch die technischen Profis mal zusammenfanden.

Dipl.-Ing. (Univ.) Reinhard Wolski

Generalmajor a. D. Reinhard Wolski ist Chairman der Berliner Sicherheitskonferenz.

Polen legt neues Reserve-Konzept vor

Auf einen Gesamtumfang von 500.000 Frauen und Männern soll die Gesamtstärke der polnischen Streitkräfte bis zum Jahr 2029 anwachsen. Die Voraussetzung dafür soll ein neues Reservekonzept schaffen.

Warschau reagiert auf die anhaltenden Spannungen mit Russland und auf die demografische Entwicklung. Um bis zum Jahr 2029 im Ernstfall 500.000 Soldatinnen und Soldaten einsetzen zu können, kreiert die polnische Regierung ein neues Reservemodell.

Grundgedanke der sogenannten High Readiness Reserve ist es, einen Stamm ausgebildeten Personals aufzubauen, der im Bedarfsfall die stehende Truppe sofort unterstützen kann. Diese soll die bestehende Reserve und die aktive Truppe ergänzen. Mit diesem Vorstoß adressiert Warschau Männer wie Frauen – immer unter der Prämisse der Freiwilligkeit. Die Reserve muss also attraktiv sein. Um ohne verpflichtende Anteile den Personalbedarf decken zu können, sollen laut dem polnischen Verteidigungsminister Kosiniak-Kamysz Polen und Frauen, die in der neuen Reserve dienen, eine Reihe von Vorteilen genießen. Dazu gehören etwa eine Vergütung für die Ausbildung sowie die Auswahl aus einem breiten Angebot an Inhalten. Zur bestmöglichen Vermittlung militärischer Kompetenzen plant das Ministerium zudem den Aufbau von Reserveoffiziersschulen. Diese sollen zum Tragen des Dienstgrades

Leutnant der Reserve befähigen. Voraussetzung ist, innerhalb einer dreijährigen Ausbildungsphase mindestens 139 Ausbildungstage zu absolvieren. Darüber hinaus verspricht das Verteidigungsministerium große Flexibilität bei der Terminierung der Ausbildungseinheiten. Auch dabei, in welcher Einheit die Reservistinnen und Reservisten dienen, plant Warschau, möglichst freie Hand zu lassen. Im Gegenzug sind die Mitglieder der High Readiness Reserve verpflichtet, mindestens acht Tage Training pro Jahr zu absolvieren. Das erläuterte der Generalstabschef der polnischen Streitkräfte, General Wiesław Kukuła. Außerdem werden die Angehörigen der Reserve einer sogenannten „Mobilisierungstagskontrolle“ unterzogen. Diese prüft, ob das Personal bei einer Mobilisierung tatsächlich mit der erforderlichen Ausrüstung bei seiner Einheit eintrifft.

Dass Polen neue Möglichkeiten zum Aufbau der Streitkräfte abseits einer Berufsarmee erprobt, liegt auch in der demografischen Entwicklung begründet. Die Geburtenraten im östlichen Nachbarland gehen zurück – die Bevölkerung altert. Laut Daten

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

des Statistischen Hauptamtes (GUS) ist die Fertilitätsrate zwischen 1990 und 2021 von etwa zwei auf weniger als 1,5 gesunken. Die polnische Regierung setzt deshalb auf Hightech und vor allem auf Freiwilligkeit.

Mit Hightech zur Verteidigungsfähigkeit

Neben dem Anliegen, Polinnen und Polen zum Dienst in der Reserve zu motivieren, ist das Ministerium bestrebt, verteidigungsrelevantes Wissen in die breite Bevölkerung zu tragen. Unter dem Namen „wGotowości“ (in Bereitschaft) pilotierte die Regierung unter Ministerpräsident Donald Tusk im November vergangenen Jahres eine App, die praktische Fähigkeiten im Umgang mit Krisensituationen vermittelt. Gegenstand der Kurse waren die Vorbereitung auf eine Krisensituation, Unterweisung in Erster Hilfe, Cybersicherheit und der Selbstschutz im Konfliktfall. Das Programm stieß auf breite Resonanz. Mehr als 16.000 polnische Staatsbürgerinnen und -bürger nutzten sie zur Weiterbildung. Folgerichtig verstetigt

die polnische Regierung das Programm. Startertermin für die Ausgabe dieses Jahres ist der 7. März.

Wer zahlt die Zeche?

Angesichts Polens ambitionierter Ziele zum materiellen und personellen Aufbau seiner Streitkräfte wird die Frage der Finanzierung zum Streitpunkt. Kaum ein Land in der NATO investiert mehr in seine Verteidigung als der Staat an der Weichsel. Annähernd fünf Prozent des BIP wendet Warschau für seine Verteidigung auf. Doch trotz wachsender Wirtschaft stellt die Aufrüstung die Staatskasse vor Herausforderungen. Aus diesem Grund möchte Tusk das EU-Programm „Security Action for Europe“ (SAFE) zur Finanzierung der Aufrüstung nutzen. SAFE stellt den Mitgliedern der Union günstige Kredite im Umfang von 150 Milliarden Euro zur Verfügung. Den Löwenanteil davon – etwa 43,7 Milliarden Euro – plant Polen in Anspruch zu nehmen. Das entspräche etwa 29 Prozent des Kreditvolumens.

Konkret sollen 139 Projekte aus EU-Krediten finanziert werden, darunter das Luft-

abwehrsystem Piorun, der Schützenpanzer Borsuk, die Krab-Panzerhaubitzen sowie ein Tankflugzeug von Airbus. Entsprechend der Vorstellung des Präsidenten soll mit annähernd 80 Prozent der Investitionssummen die heimische Rüstungsindustrie davon besonders profitieren. Unklar ist bisher allerdings, wer für die Tilgung der Schulden verantwortlich zeichnet. Das Finanzministerium und das Verteidigungsministerium sehen sich gegenseitig in der Verantwortung.

Dissens besteht zudem zwischen Tusk und dem rechtskonservativen Staatschef Karol Nawrocki. Letzterer steht SAFE ausgesprochen kritisch gegenüber. Er sieht in dem Programm die großen westeuropäischen Systemhäuser gegenüber den Anbietern aus Südkorea und der Türkei bevorteilt. Deshalb unterstellt er dem EU-Schuldenprogramm, unter der Hand die kriselnde Wirtschaft Deutschlands und Frankreichs sanieren zu wollen. Tusk lässt diesen Vorwurf nicht gelten. Aus seiner Sicht torpedieren Aussagen dieser Art den Zusammenhalt innerhalb der Union.

TKMS korrigiert Prognose

(BS) Die deutsche Werft Thyssenkrupp Marine Services (TKMS) hat die Zahlen für das erste Quartal des Finanzjahres 2025/26 veröffentlicht. Für die Kieler gibt es Grund zur Freude: Mit 18,7 Milliarden Euro erreicht der Auftragsbestand eine neue Rekordmarke. Das Unternehmen nimmt dies zum Anlass, die Prognose für den Umsatz im laufenden Geschäftsjahr nach oben zu korrigieren. Wie der im MDax notierte Börsenneuling mitteilte, soll der Umsatz bis Ende September um zwei bis fünf Prozent zulegen. Zuvor erwartete die Geschäftsführung noch eine Entwicklung zwischen einem Prozent Umsatzverlust und zwei Prozent Umsatzgewinn. Treiber der positiven Entwicklung ist ein stabiler Auftragseingang im Umfang von 904 Millionen Euro. Staatliche Investitionen spielen dabei eine entscheidende Rolle: So beauftragte die Deutsche Marine die größte Torpedo-Produktion der Konzerngeschichte. Die Beauftragung zweier weiterer U-Boote vom Typ 212 CD durch Norwegen



Die Kieler Werft TKMS freut sich über einen Rekord beim Auftragsbestand.

Foto: BS/TKMS

ist in den 18,7 Milliarden Euro noch nicht enthalten. Die Vertragsunterschrift erfolgte erst nach dem Stichtag. Rechnet man die U-Boot-Order aus dem Hohen Norden zum Auftragsbestand hinzu, überschreitet dieser die Marke von 20 Milliarden Euro. Allerdings sind nicht alle Zahlen positiv. Während der Auftragsbestand Rekorde jagt, ist der Umsatz leicht rückläufig. Entsprechend der erzielten Projektfortschritte in den bestehenden Pro-

grammen lag er bei 545 Millionen Euro – ein Prozent weniger als noch im Vorjahr. Das bereinigte operative Ergebnis stagnierte bei 26 Millionen Euro. Die operative Marge verbesserte sich jedoch von 4,7 auf 4,8 Prozent. Der Gewinn fiel aufgrund höherer Steuern und eines schwächeren Finanzergebnisses um 85 Prozent auf vier Millionen Euro. Trotz Umsatzeinbußen sieht CEO Oliver Burkhard sein Unternehmen weiterhin auf Erfolgskurs: „Unser Auftragsbestand hat wieder eine neue Höchstmarke erreicht. Angesichts aktueller geopolitischer Entwicklungen haben unsere Kunden weiterhin einen hohen Bedarf an fortschrittlichen, maritimen Fähigkeiten.“ Weiteres Wachstumspotenzial plant die Kieler Werft insbesondere auf dem internationalen Markt zu erschließen. Die Kieler haben vor allem U-Boot-Projekte in Kanada im Auge. Im Vergabewettbewerb um zwölf kanadische U-Boote muss sich TKMS allerdings mit starker Konkurrenz aus Südkorea messen.

Exklusiv

München 2026 – ein Kaleidoskop umfassender Sicherheit**Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen**

(BS) Die Leitung der diesjährigen Sicherheitskonferenz hat einen dramatischen Titel gewählt: „Under Destruction“, auf deutsch wohl: „Zerstörung am Werk“? Der Leser, der die 25 Seiten des Programms durchstöbert, hat Schwierigkeiten, bei den sehr unterschiedlichen Ansätzen und Themen überall den Zerstörungsaspekt des Titels zu erkennen. Vielmehr zeigen die Vorträge, Panels und Sonderveranstaltungen im Rahmen der Konferenz, dass der gesamte Globus mit seinen unterschiedlichen regionalen Konflikten in den Blick genommen wird. Und bei vielen Themen wäre es angemessen von „work at hand“ zu sprechen, sogar von „reconstruction“.

Drei große Mächte

Ein aufmerksamer Beobachter kann den Titel der Konferenz mit der imperialen Politik der drei „Großen Mächte“ Russland, China - und jetzt Amerika verknüpfen. Diese setzen sich mit unterschiedlichen Maßnahmen von Russlands Aggression gegen die Ukraine über Chinas Vorstöße im Süd- und Ostchinesischen Meer und jüngst amerikanischen Militäreinsätzen in der Karibik, Drohungen gegen Grönland und willkürlicher Zolltarif-Politik massiv von bisher anerkannten Regeln der internationalen Politik ab.

Bei all den globalen Perspektiven war die Konferenz vor Ort, aber auch in der öffentlichen Aufmerksamkeit doch in erheblichem Umfang beherrscht von zwei Themen. Einmal stand in Frage, ob das transatlantische Verhältnis und damit die Nordatlantische Allianz den Sturm über Grönland und die harsche amerikanische Kritik an Europa, insbesondere der EU, überstehen und gemeinsame Aufgaben fortsetzen oder aufgreifen kann. Und zum anderen (durchaus mit Verbindungen zur ersten Frage), in welcher Weise die Unterstützung der Ukraine und das Zurückweisen von Russland Kriegsführung und Kriegszielen gemeinsam vorangebracht und zu einem Waffenstillstand und dann einem fairen Frieden geführt werden kann.

Die Rede von Präsident Selenskyj und die anschließende Panel-Diskussion wurde durch drei Aussagen und Hinweise von ihm geprägt. Er schilderte, dass sein damaliger



Auch Kaja Kallas, EU-Außenbeauftragte und Vizepräsidentin der EU-Kommission wirbt auf der MSC für Europas Stärke.

Foto: BS/MS/Barth

Generalstabschef Walerij Saluschnyj in Washington bereits im Januar 2022 auf seine dringende Bitte nach militärischer Unterstützung, v.a. mit Panzerabwehrwaffen vom damaligen Vorsitzenden der „Joint Chiefs of Staff“, General Mark Alexander Milley, mit dem Hinweis abgespeist worden sei: „dig trenches“. Und die Berufung von Lawrow auf „Abmachungen von Anchorage“ im August 2025, unterstreiche, dass dort der „Sieg“ Putins entwickelt worden sei. Bei allen Verhandlungen seither seien vorrangig immer Konzessionen der Ukraine und nicht Russlands benannt worden.

Damit ihr nicht verliert

Die Verleihung des Ewald-von-Kleist-Preises an das ukrainische Volk für seine Tapferkeit und seinen Widerstand machen deutlicher bewusst, dass alles westliche Selbstlob für breite Unterstützung der Ukraine (für die sich Selenskyj sozusagen ständig bedankte) nicht darüber hinwegtäuschen konnte, dass diese nur ausreicht, damit die Ukraine nicht verliert, aber nicht, dass der russische Angriff gestoppt wird. In München war man sich einig, dass Putin derzeit keinen Waffenstillstand oder gar Frieden wolle und Verhandlungen eher simuliere. Die Panel-Teilnehmer waren sich im Grunde einig, dass mehr Druck auf Russland erforderlich sei durch rasche Verstärkung der Sanktionen, insbesondere gegen alle Öllieferungen, sowie massiv erhöhte und beschleunigte Lieferungen aller

Mittel zur Luftverteidigung, ganz zentral die Patriot-Raketen. Auch die überfällige Lieferung von weitreichenden Waffen forderten viele angesichts der massiven russischen Zerstörungen der ukrainischen Energie-Infrastruktur für Wärme, Elektrizität und Wasser. Ein Senator der Republikaner wies daraufhin, dass beide Parteien im Kongress erneut ein nachhaltiges Sanktionspaket verabschieden werden, dem der Präsident diesmal zustimmen wolle.

Eine gemeinsame Politik im Ukraine-Krieg kann ein wesentliches Element bilden, um die verloren gegangene Selbstverständlichkeit der transatlantischen Beziehungen mit gezielten Initiativen für die gemeinsame Verteidigung und glaubwürdige Abschreckung neu zu gewinnen. Wenn die Europäer zügig ihre Stärken in der konventionellen Verteidigung unter Beweis stellen, kann eine Begegnung auf Augenhöhe erreicht werden. Und die bekannt gewordenen Veränderungen bei den Spitzenbesetzungen der NATO-Kommandostruktur erhöhen die Verantwortung der Europäer und verankern zugleich die amerikanische Führung bei den konventionellen Land-, Luft- und Seestreitkräften der NATO. Damit werden Befürchtungen der Abkopplung der USA von der Verteidigung Europas verringert, wenn nicht entkräftet.

Aber die Politik der Trump-Administration u.a. mit einem imperialen Anspruch in der westlichen Hemisphäre, den Trump mit seiner Grönland Aktion in das Herz der Allianz zu führen bereit schien, unterstreicht auch, dass Unterschiede und Gegensätze bleiben werden. Politische Einigkeit der europäischen EU- und NATO-Staaten ist eine Voraussetzung, um bei allen Themen außerhalb der kollektiven Verteidigung und Abschreckung wenigstens verträgliche Entwicklungen zu erreichen – vielleicht nebeneinander, aber nicht gegeneinander.

Viele weitere Themen des Kaleidoskops verdienen große Aufmerksamkeit, von Gaza und Iran über den Indo-Pazifik bis zu maritimer Sicherheit, gerade auch in der Arktik und die weitere Zukunft der Entwicklungspolitik. Regierungen, zivile Organisationen und Gesellschaften werden dabei gleichermaßen gefordert sein.

Ukraine: Militärische Lage vom 08.02. bis zum 14.02.2025

(BS) In Zusammenarbeit mit dem Transatlantic Dialogue Center veröffentlicht der Behörden Spiegel in jeder Ausgabe seines Newsletters einen exklusiven Wochenbericht zum Ukraine-Krieg. Weiterführende Informationen gibt es zudem in dem ebenfalls wöchentlichen Newsletter des Transatlantic Dialogue Center (<https://tdcenter.org/>).

Bedeutende Ereignisse der Woche:

Die Ukraine führt weiterhin systematische Angriffe gegen die militärische Infrastruktur der Russischen Föderation durch, insbesondere gegen das Testgelände „Kapustin Jar“, das Arsenal der GRAU, Ölraffinerien und Unternehmen der Rüstungsindustrie.

Im Januar ging die Ölverarbeitung in Russland dank DeepStrike um 19 Prozent zurück, was auf einen steigenden wirtschaftlichen Druck auf das russische Militärpotenzial hinweist.

Die russische Armee experimentiert mit neuen Taktiken, vornehmlich die Benutzung von „Gerbera“ als FPV-Drohnen-Träger.

Im Gebiet Pokrowsk-Myrnohrad zogen die Russen bis zu 150.000 Soldaten zusammen und versuchten, in kleinen Gruppen vorzustoßen, aber die ukrainischen Streitkräfte hielten den Norden von Myrnohrad.

Lokale ukrainische Gegenangriffe an den Grenzen der Region Dnipropetrowsk und Saporischschja werden teilweise mit der Blockierung der russischen Starlink-Terminals in Verbindung gebracht.

Russland nutzt alternative Satellitensysteme („Jamal“, „Express“), um Verbindungsausfälle an der Front auszugleichen.

Internationale Legionen werden in Sturmtruppen integriert, um die Kampfkraft zu erhöhen.

Die Ukraine entwickelt neue Technologien der Luftabwehr, insbesondere das Lasersystem Sunray, das den Kampf gegen massive Drohnenangriffe kostengünstiger machen könnte.

08.02.2026

Nach Angaben des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte wurden auf dem russischen Testgelände „Kapustin Jar“ Inf-

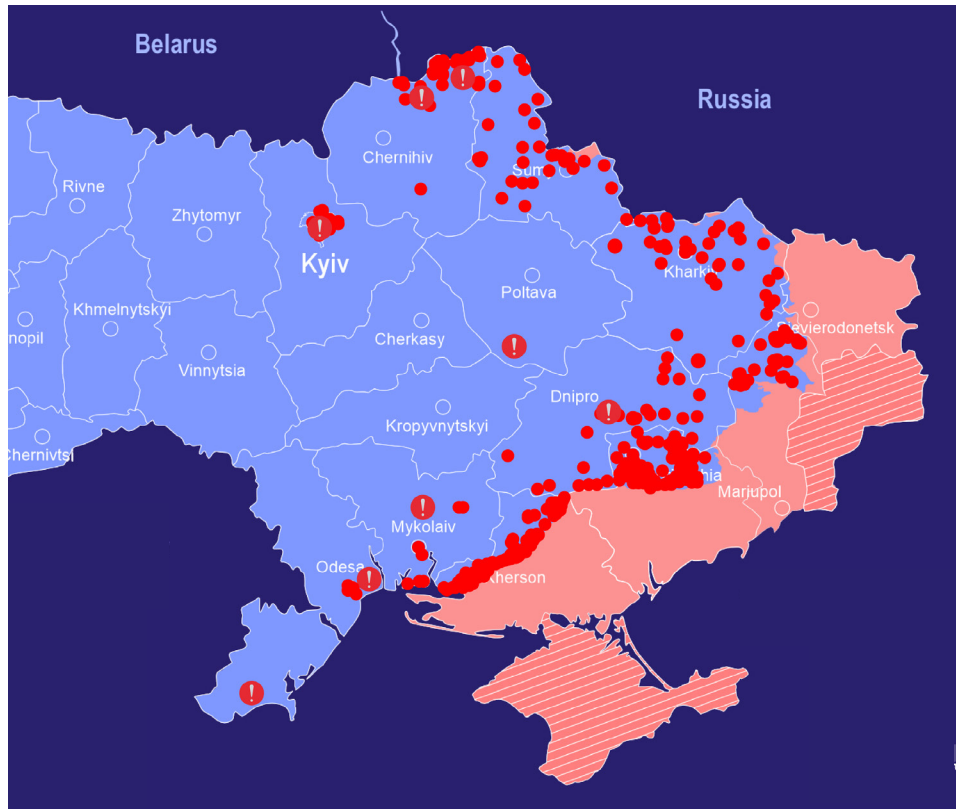


Foto: BS/TDC

rastruktureinrichtungen getroffen, die mit der Wartung von ballistischen Raketen in Verbindung stehen. Insbesondere wird über Schäden an Wartungsgebäuden sowie an einem Lager für Material und technische Ausrüstung berichtet. In der Meldung wird daran erinnert, dass die russische Seite gerade von diesem Übungsplatz aus Raketen vom Typ „Oreschnik“ startet und dass bereits letzte Woche Informationen über einen Angriff auf den Übungsplatz, vornehmlich unter Einsatz ukrainischer Raketen vom Typ „Flamingo“, eingegangen sind.

Die russischen Angriffe beeinträchtigen weiterhin systematisch die ukrainische Stromerzeugung. Das Unternehmen DTEK teilte mit, dass seine Wärmekraftwerke während des gesamten Krieges mehr als 220 Angriffen ausgesetzt waren.

09.02.2026

Nach Angaben des ukrainischen Generalstabs haben die Verteidigungskräfte der Ukraine in der Nacht zum 9. Februar einen Schlag gegen den Kommandoposten der Luftlandtruppen der Russischen Föderation in Sudscha (Region Kursk) ausgeführt.

Außerdem wurden in der Region Rostow am Don drei Container mit FPV-Drohnen und Zubehör zerstört. Weitere Container wurden beschädigt. Separat wird die Zerstörung eines Munitionslagers der russischen Armee in Novooleksijiwka auf dem aktuell besetzten Gebiet der Region Cherson bestätigt.

Der Berater des ukrainischen Verteidigungsministers, Serhij Beskrestnow, veröffentlicht ein Video, in dem zu sehen ist, wie eine russische „Gerbera“ eine FPV-Drohne über Sumy startet. Es sei aber noch unklar, ob diese massenhaft zum Einsatz kommen.

Der Oberbefehlshaber der ukrainischen Streitkräfte, Oleksandr Syrskyj, erklärt, dass ukrainische Truppen die Lage an der Front stabilisiert, den Feind zurückgedrängt und dessen Personal und Technik effektiv vernichtet haben. Die Gesamtverluste der Russen im Laufe des Januars belaufen sich auf 31.700 Personen, was 9.000 mehr sind als die Zahl der Nachschubkräfte. Darüber

Fortsetzung auf Seite 5

Fortsetzung von Seite 4

hinaus wurde am Ende des Monats festgestellt, dass die Luftstreitkräfte 80 Luftangriffe durchgeführt haben und die Angriffsdrohnen der Verteidigungskräfte der Ukraine mehr als 300.000 Spezialmissionen durchgeführt haben. Infolge der Angriffe auf russische Flugplätze ging der Einsatz von Lenkbomben um fünf Prozent zurück. Trotz des bestehenden Mangels an Waffen zerstörten die Luftabwehrverbände im Januar Berichten zufolge 21.700 Luftziele und 21.600 unbemannte Luftfahrzeuge.

10.02.2026

Russische Truppen suchen weiterhin nach ungewöhnlichen Routen, um in Grenzgebiete einzudringen und dort vorzustoßen. Der Pressedienst des 8. Korps der Luftlandetruppen berichtete, dass Russland in der Region Sumy in der Nähe der Ortschaft Jabluniwka versucht habe, durch eine Gasleitung vorzustoßen. Nach Angaben des Korps geriet eine 22 Mann starke Sturmgruppe in einen vorbereiteten Hinterhalt von Einheiten der 71. separaten Luftlandebrigade, die über Vorabinformationen über die Bewegungen verfügten. In der Meldung heißt es, dass die Gruppe mit Artillerie, FPV-Drohnen und Drohnenbomben vernichtet wurde.

In Richtung Pokrowsk dauern die intensiven Kämpfe um Myrnohrad an. Nach Angaben der Truppengruppe „Osten“ kontrollieren die Verteidigungskräfte den Norden der Stadt, während im zentralen Teil weiterhin Schusswechsel stattfinden.

11.02.2026

Die russischen Truppen haben den Druck in der Richtung Pokrowsk verstärkt und dort nach Einschätzung des ukrainischen Militärs erhebliche Kräfte konzentriert. Der Leiter der Kommunikationsabteilung der 79. separaten Luftlandebrigade, Roman Py-sarenko, teilte mit, dass der Feind in dieser Richtung etwa 150.000 Soldaten zusammenzog und seine Angriffsaktionen nahe Myrnohrad verstärkte.

12.02.2026

Die internationalen Verteidigungslegionen der Ukraine wurden laut Angaben der

Landstreitkräfte im Rahmen der Umstrukturierung und Stärkung ihrer Fähigkeiten in die Sturmtruppen integriert. Die Landstreitkräfte betonten, dass die Einheiten ausländischer Freiwilliger nicht aufgelöst werden. Anstelle separater „leichter“ Bataillone werden sie nun Teil erfahrenerer und effektiverer Einheiten.

Nach Angaben des Generalstabs griffen Drohnen des SBU die Ölraffinerie Uchta in der Republik Komi der Russischen Föderation an, die etwa 1750 km von der ukrainischen Grenze entfernt ist.

In der Region Wolgograd, Russland, griffen Drohnen in der Nacht ein Lager der Hauptverwaltung für Raketenartillerie (GRAU) in der Nähe von Kotlubani an, woraufhin am Objekt starke Explosionen und eine sekundäre Detonation von Munition registriert wurden.

Das ukrainische Luftabwehrsystem funktioniert nach Einschätzung von Fachquellen trotz ständiger Raketen- und Drohnenangriffe weiter. Es wird darauf hingewiesen, dass die Effizienz der Luftabwehr in den letzten zwei Jahren bei etwa 74 Prozent lag und dass dieser Wert durch Innovationen weiter gesteigert werden soll. Vor diesem Hintergrund setzt der Feind den Schätzungen zufolge täglich 100 bis 200 Angriffsdrohnen vom Typ Shahed ein und führt regelmäßig massive Raketen- und Luftangriffe durch.

13.02.2026

Die Kräfte für unbemannte Systeme meldeten den Abschuss einer Reihe von militärischen Zielen des Gegners in verschiedenen Richtungen. Ihren Angaben zufolge wurde am 11. Februar in der Nähe von Rosiwka in der Region Saporischschja ein Munitionslager getroffen, und am 12. Februar trafen die ukrainischen Streitkräfte mehrere weitere Ziele, darunter das Umspannwerk „Kirowa“ in Luhansk, den Militärflugplatz „Hwardijskij“ auf der Krim und ein Datacenter in Prymorsk.

Das ISW stellt fest, dass russische „Militärkorrespondenten“ diese Aktionen zunächst als groß angelegten „Gegenangriff“ darstellten, später jedoch ukrainische Militärquellen und einzelne russische Blogger sie als begrenzt in Umfang und Reichweite charakterisierten. In diesem Zusammenhang

bewerten Analysten diese Gegenmaßnahmen als situative, „opportunistische“ Reaktion auf günstige Bedingungen auf dem Schlachtfeld, und ein namentlich nicht genannter hochrangiger NATO-Vertreter vermutete in einem Kommentar gegenüber der BBC, dass zumindest ein Teil der ukrainischen Erfolge im Osten der Region Saporischschja mit der Blockade der russischen Starlink-Satellitenkommunikationsterminals zusammenhängen könnte.

14.02.2026

In der Nacht zum 10. Februar wurde in der Nähe der Ortschaft Jalta eine feindliche Reparatureinheit getroffen, und in den Gebieten der Region Saporischschja in der Nähe von Komysch-Sori wurde ein Ausbildungszentrum von Drohnenpiloten und die Herstellung von FPV-Drohnen getroffen. Außerdem wird über einen Treffer auf eine Konzentration feindlicher Streitkräfte in der Nähe von Chliborobne und auf die Drohnenkommandozentrale der Einheit aus dem Zentrum „Rubikon“ in der Nähe von Wysoke sowie in der Nähe von Fedoriwka auf ein Feldlager für Kraftstoffe und Schmierstoffe berichtet. Auch nahe der Ortschaft Totkino wurde ein Treffer auf die Kommandozentrale der russischen Drohnen registriert; Verluste und Ausmaß der Schäden werden noch ermittelt.

Außerdem teilte der Generalstab mit, dass nahe Sudzcha (Region Kursk, Russische Föderation) ein Kommandoposten der Luftlandetruppen des Feindes und auf dem vorübergehend besetzten Gebiet der Region Cherson in der Nähe von Nowooleksijiwka ein Munitionslager getroffen wurden. Darüber hinaus wurde nach den Ergebnissen früherer Angriffe in der Region Rostow am Don die Zerstörung von drei Containern mit FPV-Drohnen und Zubehör bestätigt; nach vorläufigen Angaben wurden etwa 6.000 FPV-Drohnen zerstört, mehrere weitere Container wurden beschädigt.

Die Redaktion weist alle Leserinnen und Leser darauf hin, dass die Angaben, Zahlen und Daten in diesem Artikel durch den Think Tank TDC zur Verfügung gestellt und vom Behörden Spiegel nicht vollumfänglich überprüft werden können.

Das plant das Marine Corps in der Dimension Luft



Seit vergangenem Monat arbeitet der US-Rüstungskonzern General Atomics neben Kratos und Northrop Grumman an einer Begleitdrohne für die F-35.

Foto: BS/General Atomics

(BS) Wie aus dem jüngsten Marine Corps Aviation Plan (AVPLAN) hervorgeht, stehen die Entwicklungsbemühungen des Jahres 2026 im Zeichen Künstlicher Intelligenz (KI) und Maschinellen Lernens. Dabei steht insbesondere der Ausbau autonomer Fähigkeiten im Fokus.

Konkret legt der AVPLAN Zeitlinien für die Umsetzung des Tactical Aircraft Transition Plan, des CH 53K Transition Plan sowie der Modernisierung der MV 22 und H 1 fest. Von Ersterem sind die Flugzeugmuster F-35B/C Lightning II, der AV-8B Harrier (VMA), das Tankflugzeug KC-130J Hercules und die MV-22B Osprey betroffen.

Die Begleitung nimmt Form an

Für die F-35 legt das Marine Corps die Integration der Block-IV-Fähigkeiten als zentrale Priorität fest. Darüber hinaus setzt sich das USMC Ziele bei der Wartung, der Integration neuer Waffensysteme, der Einsatzfähigkeit sowie der Inanspruchnahme von Unterstützungsdienstleistungen.

Ins Auge sticht zudem, dass sich das USMC als Vorreiter bei der Integration eines unbemannten Begleitflugzeuges (CCA) für die F-35 positioniert. Zentrales Element dabei ist die Entwicklung des Marine Air-Ground Task Force Unmanned Expeditionary (MUX) TACAIR als unbemannte Begleitdrohne des

Kampfflugzeuges. Gegenwärtig arbeiten drei Unternehmen gemeinsam an der Drohne für die Marineinfanterie:

- Northrop Grumman zeichnet als Hauptauftragnehmer für das Missionssystem und die Autonomie verantwortlich.
- Die eigentliche Plattform wird durch das US-amerikanische Luftfahrtunternehmen Kratos gestellt. Deren XQ-58A Valkyrie absolvierte im August ihren Jungfernflug.
- Seit vergangenem Monat ist mit General Atomics Aeronautical Systems (GA-ASI) zudem ein dritter Vertragspartner offiziell zum Programm dazugekommen. GA-ASI ist beauftragt, mit der Plattform YFQ-42A eine alternative Test- und Evaluierungsmöglichkeit bereitzustellen.

Weniger futuristisch geht es bei den Flugzeugmustern F/A-18C/D Hornet zu. Hier ist das vornehmliche Ziel des USMC, die gegenwärtig zulaufenden Active Electronically Scanned Array (AESA)-Radargeräte, neue weitreichende Waffensysteme und schnellere Kommunikationssysteme zu integrieren.

Den Fokus auf die Integration neuer Kommunikationsfähigkeiten teilt die Hornet mit dem Tankflugzeug KC-130J Hercules. Der

AVPLAN verspricht, das Flugzeugmuster durch aktualisierte Soft- und Hardware in den Themenfeldern Kommunikation und Navigation zu befähigen.

Ganz frei von dem Ziel, neue Fähigkeiten in eine Plattform einzurüsten, macht sich das USMC hingegen bei der Zukunftsplanung des altgedienten AV-8B Harrier. Die Dienstzeit des Senkrechstarters endet im Juni. Folgerichtig begnügt sich die US-Marineinfanterie damit, das Flugzeugmuster am Ende seiner Dienstzeit mit minimalem Ressourcenaufwand flugfähig zu halten.

Rotation: bemannt und unbemannt

Neben den Starrflüglern nimmt sich der AVPLAN auch der Fortentwicklung der Drehflügler an. Soplannt das USMC beim Kipprotor-Wandelflugzeug Osprey Verbesserungen des Antriebssystems und der Avionik. Ein neues Getriebe und ein Sensorsystem sollen die Langlebigkeit erhöhen und proaktive Wartung ermöglichen. Die Modernisierungen der Avionik zielen vornehmlich darauf ab, Obsoleszenzen zu verhindern und die Tür für spätere Automatisierungsbemühungen zu öffnen.

Für die Hubschrauber der H-1-Familie knüpft der AVPLAN an das – bis in die kommende Dekade laufende – Structural and Power Improvement for Next-gen Effects (SPINE)-Programm an. Dessen Hauptziel ist, die elektrische Leistung an Bord zu steigern, um neue Waffentypen auf der Plattform zu integrieren.

Anders als bei den bisher aufgeführten Luftfahrzeugen strebt das USMC beim CH 53K nicht an, neue Fähigkeiten einzurüsten oder Obsoleszenzen zu vermeiden. Vielmehr plant die Marineinfanterie die Voraussetzungen für den Übergang vom CH 53E zum CH 53K zu schaffen. Der Erhalt der Altsysteme und die Anpassung der Struktur der Streitkräfte für den CH 53K sind hierbei handlungsleitend.

Des Weiteren widmet sich der AVPLAN den unbemannten Fähigkeiten der Teilstreitkraft, vor allem der MQ-9A Reaper. Für das unbemannte Flugzeug plant das Marine Corps die Beschaffung neuer Bodenkontrollstationen. Außerdem ist ein Update der Flugzelle vorgesehen.

Naval Group steigt bei Thales KI-Ableger ein

(BS) Die französische Naval Group übernimmt 20 Prozent von Thales' Künstliche-Intelligenz-(KI)-Abteilung cortAlx. Mit dem Investment geht auch ein Platz im Aufsichtsrat des 2024 gegründeten KI-Unternehmens einher.

Um zur Entwicklung beizutragen, stellt die Naval Group KI-Expertinnen und -Experten des Digital Excellence Centre im südfranzösischen Ollioules für die gemeinsame KI-Entwicklung ab. Zusammen mit den etwa 800 bestehenden Mitarbeitenden sollen sie die Umsetzung von KI-Projekten im Verteidigungssektor im industriellen Umfang vorantreiben. Dabei versprechen die beiden Unternehmen, technisch souverän zu bleiben und sensible Daten zu schützen. Konkret fokussieren sich Thales und die Naval Group bei ihrer Zusammenarbeit auf die Themenfelder Collaborative Combat, Decision Support Systems, Electronic Warfare (EW), Training und Simulation sowie Logistik und Unterstützungsleistungen. Hinter Ersterem verbirgt sich der Anspruch, Soldatinnen und Soldaten zu ermöglichen, mehrere Systeme gleichzeitig zu bedienen. Mit den Decision Support Systems wiederum streben Thales und die Naval Group an, taktische Daten in großem Umfang schnell zu analysieren und auszuwerten. Im Themenfeld EW verfolgen die beiden Unternehmen keinen offensiven Ansatz. Vielmehr wollen sie Analysesoftware für das elektromagnetische Lagebild



Mit cortAlx entwickelt Thales Künstliche Intelligenz (KI) für Verteidigungsanwendungen auf drei Kontinenten.

Foto: BS/Thales

bereitstellen. Im Bereich Simulation und Training verspricht cortAlx den Kundinnen und Kunden, realistische und adaptive Szenarien anzubieten. In der Logistik und bei Unterstützungsleistungen geben sich Thales und die Naval Group prophetisch: Die Modelle der Unternehmen sollen Bedarfe besser vorhersagen.

Im KI-Sektor auf Wachstumskurs

Seit der Gründung im Jahr 2024 hat Thales seinen AI Accelerator stetig weiterentwickelt und vergrößert. Ein Jahr nach der Gründung spendierten die Franzosen cortAlx eine britische Liegenschaft mit 200 zusätz-

lichen Mitarbeitenden. Noch im selben Jahr erfolgte die Eröffnung eines Büros in Singapur. Schon vor der Gründung des Unternehmens betrieb Thales in Montreal ein KI-Zentrum. Es ist mittlerweile in cortAlx eingegliedert. Darüber hinaus ist mit Dassault Aviation bereits vor der Naval Group ein weiteres Unternehmen zum KI-Projekt dazugestoßen. Die strategische Zusammenarbeit zwischen Thales und dem größten französischen Luftfahrtunternehmen sieht die Entwicklung von „souveräner“ KI im Bereich Luftkampftechnologien vor. Seit Januar dieses Jahres ist cortAlx auch in der Bundesrepublik aktiv.

Deutschland und Schweden beauftragen Remote Weapon Station

(BS) Die Bundesrepublik Deutschland und das Königreich Schweden beauftragen den norwegischen Rüstungsprimus Kongsberg, Remote Weapon Stations des Typs Protector RS4 für das Common Armored Vehicle System (CAVS) 6x6 der beiden Länder zu liefern. Dabei zeichnet das größte finnische Rüstungsunternehmen Patria für die Integration des Bewaffnung verantwortlich. Konkret sollen mehrere hundert Protector RS4-Stationen in die gepanzerten Fahrzeuge der beiden Staaten eingerüstet werden. Der Vertragswert beläuft sich auf 140 Millionen Euro. Die Montage der Fahrzeuge erfolgt in

Zusammenarbeit mit den Industriepartnern von Patria in Deutschland. Die Auslieferung ist für den Zeitraum 2026 bis 2030 geplant. Bei den nun beauftragten Protector RS4 handelt es sich um eine modernisierte Version eines bereits in verschiedenen skandinavischen Ländern eingesetzten Systems. Kongsberg verspricht fortschrittliche integrierte Sensoren, Multi-Waffen-Fähigkeit und die Möglichkeit, die Stationen mit Counter-UAS-Funktionen zur Bekämpfung von Drohnen auszurüsten. Deutschland und Schweden sind Teil des multinationalen Entwicklungsprogramms

CAVS. Die sieben teilnehmenden Staaten streben unter finnischer Führung an, 6x6-Panzerfahrzeugsysteme zu produzieren. Der Hauptauftragnehmer Patria hat mittlerweile etwa 2.000 Patria 6x6-Fahrzeuge einschließlich Optionen unter Vertrag genommen. Mehr als 300 Fahrzeuge sind ausgeliefert. Die Bundesrepublik steht mit 878 Transportfahrzeugen in den Auftragsbüchern des größten finnischen Rüstungskonzerns. Das entspricht einem Gesamtwert von mehr als zwei Milliarden Euro. Das Königreich Schweden hat für seine Streitkräfte 415 Fahrzeuge bestellt.

Gesundheitssicherheit als Verteidigungsaufgabe

(BS/Storsve*) Die vergangenen Jahre haben gezeigt, wie anfällig unsere Versorgung angesichts wiederkehrender globaler Medikamentenengpässe und anhaltender biologischer Bedrohungen ist. Für Deutschland – und für seine Partner in der EU und der NATO – ist der schnelle und verlässliche Zugang zu kritischen medizinischen Gegenmaßnahmen „Medical Countermeasures“ (MCM) wie Impfstoffen und Therapeutika ein zentraler Bestandteil gesellschaftlicher Resilienz gegenüber biologischen Ausbrüchen oder Angriffen. Produktion, Logistik und Bevorratung sind nicht mehr nur Fragen des Gesundheitswesens, sondern entscheidend für die Verteidigungs- und Widerstandsfähigkeit Deutschlands und seiner Bündnisse.

Die Unfähigkeit, schnell auf biologische Bedrohungen zu reagieren, gefährdet die nationale und regionale Sicherheit und kann ebenso destabilisierend wirken wie konventionelle Kriegsführung. Trotz erheblicher Anstrengungen zum Ausbau der Arzneimittelproduktion in Europa bleibt selbst bei Erreichen ambitionierter Zeitpläne für eine Rückverlagerung der Produktion eine mehrjährige Übergangsphase, in der Schutz gewährleistet werden muss.

Der Moment für Vereinheitlichung ist gekommen

Mit dem geplanten Gesundheitssicherstellungsgesetz hat Deutschland die Gelegenheit, einen klareren und effizienteren Weg in der Biosicherheit und Resilienz des Gesundheitswesens einzuschlagen. Das Gesetz kann Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern eindeutig regeln, Verantwortungsunklarheiten im Notfall reduzieren und eine kohärente Handlungsplanung ermöglichen. Einheitliche bundesweite Standards und Protokolle für Bevorratung, Übungen und Ressourceneinsatz können im Ernstfall Konsistenz und Abstimmung zwischen den Ländern sicherstellen. Andere europäische Staaten wie Frankreich und Finnland arbeiten seit Jahren mit langfristigen Programmen, in denen Gesundheitsbehörden, Streitkräfte und Industrie eng kooperieren. Ein vergleichbarer Ansatz



In Staaten wie Frankreich oder Finnland sind langfristige Programme, in denen Gesundheitsbehörden, Streitkräfte und Industrie eng kooperieren, längst etabliert.

Foto: BS/Emergent

würde auch in Deutschland die Versorgungssicherheit und die Bündnisfähigkeit stärken.

Bevorratung und gemeinsame Beschaffung sind bewährte Modelle zur Entwicklung, Sicherung und Bereitstellung medizinischer Gegenmaßnahmen. Sie lassen sich relativ kurzfristig umsetzen, bedarfsweise anpassen und zwischen befreundeten Staaten teilen. Zentrale Bausteine einer wirksamen Bevorratungsstrategie sind langfristige Partnerschaften mit der Industrie zur Bereitstellung medizinischer Gegenmaßnahmen und weiterer Gesundheitsprodukte.

Der Staat ist gefragt

Langfristige Bevorratungsvereinbarungen können zudem zum Aufbau einer nachhaltigen biopharmazeutischen Industrie beitragen. Hersteller medizinischer Gegenmaßnahmen verfügen in der Regel nicht über eine verlässliche kommerzielle Nachfrage für spezialisierte Produkte. Umso wichtiger sind klare, mehrjährige Bedarfssignale unserer staatlichen Partner. Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen, dass Industrie investiert, wenn der Staat langfristige Signale setzt. So kombiniert das kanadische Programm „National

Emergency Strategic Stockpile“ (NESS) als mehrschichtige Notfallplattform staatliche und anbieterbasierte Lagerhaltung mit Logistikpartnerschaften und risikobasierten Beschaffungsstrategien.

Deutschland hat nun die Möglichkeit, eine führende Rolle zu übernehmen. Das Gesundheitssicherstellungsgesetz muss darauf abzielen, einen klaren, rechtlich fundierten und integrierten Rahmen für Bund und Länder zu schaffen, um eine schnelle Reaktion auf Gesundheitskrisen, höhere Resilienz und den Schutz der öffentlichen Gesundheit in allen Regionen zu gewährleisten.

Seit mehr als 25 Jahren unterstützt Emergent Regierungen und Gesundheitsbehörden auf der ganzen Welt bei der Vorbereitung auf Gesundheitsbedrohungen. Unsere Erfahrung zeigt: Es reicht nicht aus, über die richtigen Produkte zu verfügen. Es muss ein stabiles System mit klaren Zuständigkeiten, einer zuverlässigen Infrastruktur und starken Partnerschaften vorhanden sein, um die Medikamente zu liefern – bevor eine Krise beginnt.

** Ask Eirik Storsve ist Head of International Government Affairs, Emergent*

Die NATO baut ihre Führungsstruktur um

(BS) Der NATO steht eine Umverteilung der Führungsverantwortung bevor. Konkret sollen Großbritannien von den USA das Kommando über das Joint Force Command Norfolk im US-Bundesstaat Virginia übernehmen. Italien soll in Zukunft die Verantwortung für das Joint Force Command in Neapel tragen. Deutschland und Polen wiederum teilen sich das Kommando über das Joint Force Command Brunssum im Rotationsprinzip. Anders als dies bereits mehrfach vom US-Botschafter bei der NATO, Matthew Whitaker, angedeutet wurde, bleibt der Posten des Supreme Allied Commanders (SACEUR) weiterhin fest in US-amerikanischer Hand. Darüber hinaus führt der größte Truppensteller der Verteidigungsallianz alle drei sogenannten Component Commands auf Ebene der strategischen Einsatzräume. Außerdem wird das Allied Maritime Command in Northwood in Großbritannien zukunfts-fähig von einem US-Amerikaner oder einer US-Amerikanerin kommandiert. Für die bereits durch die USA kommandierten Allied Land Command in der Türkei und Allied Air Command in Ramstein sind keine Änderungen vorgesehen. Nach Umsetzung dieser Maßnahmen würde sich die Führungsstruktur in der Verteidigungsallianz grundlegend wandeln. Die meisten Spitzenpositionen würden dann nicht länger von den USA, sondern von der Bundesrepublik besetzt.

Breuer offiziell ins Rennen geschickt

Neben den genannten Strukturanpas-



Im Jahr 2027 könnte dem gegenwärtigen Generalinspekteur der Bundeswehr, General Carsten Breuer, eine noch größere Aufgabe zukommen.

Foto: BS/ Bundeswehr/Maximilian Schulz

sungen steht der NATO im kommenden Sommer noch eine weitere große Veränderung bevor. Der Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, Admiral Giuseppe Cavo Dragone, wird turnusgemäß im Sommer 2027 sein Amt niederlegen. Für dessen Nachfolge hat die Bundesregierung offiziell den gegenwärtigen Generalinspekteur der Bundeswehr, General Carsten Breuer, vorgeschlagen. Im September beraten die NATO-Chefs der Verteidigungsstäbe über Dragones Nachfolge in der dänischen Hauptstadt Kopenhagen.

Unterdessen machte sich der deutsche Verteidigungsminister, Boris Pistorius (SPD), in Brüssel für Breuer stark. Er sei ein exzellenter Kandidat für den Vorsitz. Aufgrund

seiner analytischen Weitsicht habe er sich einen Namen in Europa gemacht. Deshalb könne er auf zahlreiche Unterstützerinnen und Unterstützer hoffen.

Gegenwärtig gibt es noch keinen Gegenkandidaten zu Breuer; dass weitere NATO-Staaten einen Kandidaten aufstellen, ist allerdings nicht ausgeschlossen. So setzte sich General Petr Pavel, der den Vorsitz im Jahr 2014 übernahm, gegen Gegenkandidaten aus Italien und Griechenland durch. Sollte Breuer zum Vorsitzenden des Militärausschusses berufen werden, wäre er der erste Deutsche in dieser Funktion seit mehr als 20 Jahren. Zuletzt war ein deutscher Staatsbürger in Person von General Harald Kujat zwischen 2002 und 2005 Vorsitzender.

Total Defence Insights - Maj Gen (ret.) Reinhard Wolski

(BS) At the Berlin Security Conference 2025, Maj. Gen. (ret.) Reinhard Wolski, Chairman of the Conference, discussed the significant role of the partner nation, Sweden, in shaping the program. Wolski highlighted Sweden's contributions particularly on topics related to the northern front, the Arctic, and civil-military integration. The partnership brought high-level speakers, including representatives from the Swedish monarchy, enhancing the conference's depth and expertise. Wolski also reflected on the concept of



"total defence," a comprehensive approach combining civilian and military efforts, which Nordic countries like Sweden and Finland

have advanced significantly. While Germany and other nations are still developing such strategies, the discussions at the conference aimed at broadening understanding and adoption of total defence principles. Looking ahead to the Conference on 3-4 November 2026, Wolski anticipated exploring strategic challenges across the Eastern and Southern fronts, the Mediterranean, and potentially the Indo-Pacific, while also considering the impact of climate change on military equipment and operations.

GB schnürt Unterstützungspaket für die Ukraine



Die in Belfast produzierte Lightweight Multirole Missile (LLM) ist bereits in der Ukraine im Einsatz. Die britische Regierung versprach in der vergangenen Woche, weitere Raketen des Typs zu liefern.

Foto: BS/Thales

(BS) Weil Russland seine Attacken auf die ukrainische Energieinfrastruktur fortsetzt, unterstützt Großbritannien die Luftverteidigung des angegriffenen Landes mit Rüstungstechnik im Wert von 540 Millionen Pfund (ca. 620 Millionen Euro). Das gab der britische Verteidigungsminister John Healey auf dem 33. Treffen der Ukraine-Kontaktgruppe am vergangenen Donnerstag bekannt.

„Heute Nachmittag werde ich bestätigen, dass Großbritannien der Ukraine zusätzlich eine halbe Milliarde Pfund für dringende Luftverteidigungsmaßnahmen zur Verfügung stellt“, gab der britische Verteidigungsminister bei seiner Ankunft in Brüssel bekannt.

Was das 500-Millionen-Pfund-Paket beinhaltet

Das Maßnahmenpaket für die Ukraine spaltet sich in mehrere Unterprogramme auf. So beteiligt sich Großbritannien erstmals an der NATO Prioritised Ukraine Requirements List (PURL). Konkret gibt die Downing Street 150 Millionen Pfund für die Initiative der Verteidigungsallianz frei. Grundgedanke von PURL

ist, dass die Ukraine durch NATO-Mitglieder finanzierte Rüstungsgüter aus US-Beständen erhält. Eine entsprechende Bedarfsliste wird in Kiew erstellt und durch den SACEUR validiert. Anders als Großbritannien nutzte die Bundesrepublik PURL bereits, um die Ukraine im Abwehrkampf gegen Russland zu unterstützen. So teilfinanzierte Deutschland im Dezember vergangenen Jahres zwei PURL-Pakete im Umfang von jeweils 500 Millionen Dollar. Neben der Bundesrepublik leisteten Norwegen, Polen und die Niederlande finanzielle Beiträge.

Absteits des PURL-Projekts setzt die Regierung in London die Lieferung der in Belfast produzierten leichten Mehrzweckraketen (LMM) fort. 1.000 Einheiten der Rakete sollen ukrainische Städte vor russischen Drohnen verteidigen.

Des Weiteren einigten sich Kiew und London darauf, Rapid-Ranger-Abschussvorrichtungen sowie Kommando- und Kontrollfahrzeuge für die ukrainischen Streitkräfte zu produzieren. Auffällig ist dabei, dass die Produktion und Unterstützungsleistungen der 390 Millionen Pfund teuren Systeme in die Ukraine verlegt werden sollen. Aus Sicht

der britischen Regierung trägt dieses Arrangement zum Aufbau ukrainisch-britischer Rüstungsk Kooperationen bei. Abgeschlossen wird das Maßnahmenpaket durch zusätzliche Lieferungen von 1.200 Luftabwehrraketen und 200.000 Artilleriegeschossen durch das Air Defence Consortium (ADC). Der Zulauf soll in den kommenden Monaten erfolgen.

Angriffe trotz Verhandlungen

Trotz der von US-Präsident Donald Trump anberaumten Verhandlungen zwischen beiden Staaten in Miami setzt Russland seine Angriffe auf die Energieinfrastruktur der Ukraine fort. Kraftwerke, Umspannwerke und andere kritische Energieanlagen sind Ziele von groß angelegten kombinierten Luftangriffen mit Raketen und Drohnen. Die Angriffe erfolgen in zahlreichen Regionen, darunter Kiew, Odessa, Dnipro und Poltawa. Ungeachtet der fortlaufenden Luftangriffe kündigte Washington an, die Fortsetzung der russisch-ukrainischen Verhandlungen zu planen. Als Austragungsorte werden gegenwärtig erneut Florida oder Abu Dhabi gehandelt.

POLIZEITAG HAMBURG

24. MÄRZ 2026 | EMPIRE RIVERSIDE HOTEL HAMBURG

Störungsfrei trotz Hochrisiko: Gewaltprävention und Einsatzführung bei Fußballspielen

www.polizeitage.de

Behörden Spiegel



Impressum

Herausgeberin und Chefredakteurin des „Behörden Spiegel Newsletter Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik“ und verantwortlich i.S.d. P.: Dr. Eva Charlotte Proll. Redaktionelle Leitung: Jonas Brandstetter. Redaktion: Bennet Biskup-Klawon, Oberst a. D. Thomas Hönig, Generalmajor a.D. Reinhard Wolski, Lars Mahnke, Anne Mareile Moschinski, Mirjam Klinger, Carla Menzel. Redaktionsassistentin: Kerstin Bauer (Berlin) ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Friedrich-Ebert-Allee 57, 53113 Bonn, Telefon: 0049-228-970970, E-Mail: redaktion@behoerderspiegel.de; www.behoerderspiegel.de. Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr.: DE 122275444 - Geschäftsführung: Dr. Fabian Rusch.

Programmbeirat: Dr. hc. Uwe Proll (Vorsitz). Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von „Behörden Spiegel Newsletter Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik“. Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten (Links), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Herausgebers liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.